



24

23. Juli 1986

## I N H A L T

### DOKUMENTATION

#### Reagan sagt nein zu Apartheid und Sanktionen

- Rede des Präsidenten zur Lage in Südafrika -

#### Shultz: Kampf gegen den Terrorismus gewinnbar

- Rede des Außenministers beim USIA-Antiterrorismus-Seminar -

### HINTERGRUNDMATERIAL

#### Die Nagelprobe von Stockholm

- Von Botschafter Robert L. Barry -

### WISSENSCHAFT UND TECHNIK

#### Die NASA handelt

- Bericht an Präsident Reagan über Maßnahmen nach dem CHALLENGER-Unglück -

Themenindex AMERIKA DIENST (1. Halbjahr 1986)

\* \* \* \* \*



### REAGAN SAGT NEIN ZU APARTHEID UND SANKTIONEN

- Rede des Präsidenten zur Lage in Südafrika -

WASHINGTON - (AD) - In einer am 22. Juli 1986 vor dem Rat für Weltpolitik und der Vereinigung für Auswärtige Politik in Washington gehaltenen Rede hat der amerikanische Präsident die Aufstellung eines Zeitplanes für die Abschaffung der Apartheid-Gesetze gefordert. Zugleich lehnte er es jedoch ab, die "starke und entwickelte Wirtschaft des Landes lahmzulegen".

Die Rede Ronald Reagans hat folgenden Wortlaut:

Seit über einem Jahr gilt die Aufmerksamkeit der Welt in besonderem Maße Südafrika - der sich verschärfenden Krise und dem sich beschleunigenden Kreislauf der Gewalt. Ich möchte heute die amerikanische Politik gegenüber dieser geplagten Republik und gegenüber der Region, zu der sie gehört, erläutern - einer Region, die für den Westen lebenswichtig ist.

Die Wurzel der Unruhen in Südafrika ist die Apartheid, jenes starre System der Rassentrennung, in dem die Schwarzen als Bürger dritter Klasse behandelt werden in einem Staat, den aufzubauen sie mitgeholfen haben.

Die amerikanische Einstellung zur Apartheid war und bleibt klar. Apartheid ist moralisch falsch und politisch unannehmbar. Die Vereinigten Staaten können keine herzlichen Beziehungen zu einer Regierung unterhalten, deren Macht auf der Verweigerung von Rechten für die Mehrheit ihrer Bevölkerung aufgrund deren Rassenzugehörigkeit beruht.

Wenn Südafrika

Wenn Südafrika wünscht, zur Familie westlicher Nationen zu gehören, so ist das Ende der Apartheid die Voraussetzung dafür. Ich glaube, das alle Amerikaner diese Ansicht teilen.

Zweitens: Die Apartheid muß abgebaut werden. Für die gemäßigten Vertreter aller Rassen in Südafrika wird die Zeit knapp.

Obwohl wir Amerikaner jedoch in der Zielsetzung eines freien Südafrikas der Rassenintegration übereinstimmen, das mit den freien Nationen und dem Westen verbunden ist, so gibt es doch tiefe Meinungsunterschiede darüber, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

Zunächst etwas zur Geschichte. Seit einem Vierteljahrhundert distanziert sich die amerikanische Regierung von der südafrikanischen Regierung. Im Jahr 1962 verhängte Präsident Kennedy ein Embargo für Waffenverkäufe. Im vorigen September habe ich eine Anordnung erlassen, durch die amerikanische Kontakte mit der Regierung in Pretoria weiter eingeschränkt wurden. In den letzten 18 Monaten hat die Wirtschaft ihre eigenen unmißverständlichen Signale ausgesandt. Die Vergabe von Krediten an Südafrika durch amerikanische Banken ist praktisch eingestellt worden. Keine bedeutenden neuen Investitionen wurden getätigt. Einige westliche Geschäftsleute haben ihre Sachen gepackt und sind nach Hause zurückgekehrt.

Wir sind nun an einem kritischen Punkt angelangt. Im Kongreß und in Europa mehren sich die Stimmen für scharfe Sanktionen gegen Südafrika. Der britische Premierminister hat Strafsanktionen als "unmoralisch" und "völlig zu verwerfen" verurteilt. Lassen Sie mich Ihnen erklären, warum wir glauben, daß Frau Thatcher Recht hat.

Die ersten Opfer eines Wirtschaftsboykotts würden gerade diejenigen sein, denen wir helfen möchten. Die meisten Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz verlieren würden, wären schwarze Arbeiter.

Unserer Meinung wäre es kein Weg, den Menschen in Südafrika zu helfen, wenn wir die Wirtschaft lahmlegen, von der ihr Überleben und das ihrer Familien zum Überleben abhängen.

Alan Paton, der große Schriftsteller Südafrikas, der seit Jahren das Gewissen seines Landes verkörpert, hat selbst nachdrücklich erklärt: Ich bin gänzlich gegen den Rückzug von Investitionen. "Es gibt dafür hauptsächlich moralische Gründe... diejenigen, die am meisten für einen Rückzug der Investitionen bezahlen werden, werden die schwarzen Arbeiter Südafrikas sein. Ich nehme die Lehren der Heiligen Schrift ernst, darunter besonders die Parabeln über Trank für die Durstigen und Speisen für die Hungernden... Ich werde mich nicht daran beteiligen, solches Leid für irgendeinen Schwarzen mitzuverursachen." Und dies werden wir ebenfalls nicht tun.

Wenn man sich einmal die Landkarte anschaut, so bildet das südliche Afrika eine wirtschaftliche Einheit, die durch Schienen und Straßen miteinander verbunden ist. Zaire hängt in seinem südlichen Bergbauggebiet hinsichtlich der Nahrungsmittel- und Ölversorgung zu drei Vierteln von

Vierteln von Südafrika ab. Über die Hälfte des Stroms, der die Hauptstadt von Mosambik versorgt, kommt aus Südafrika. Über ein Drittel der Exporte von Sambia und 65 Prozent der Exporte aus Simbabwe verlassen den Kontinent über südafrikanische Häfen.

In den Bergwerken Südafrikas werden über 13 000 Arbeiter aus Swasiland, 19 000 aus Botswana, 50 000 aus Mosambik und 110 000 aus dem kleinen Binnenland Lesotho beschäftigt. Schließen Sie diese Bergwerke durch Sanktionen und Sie werden schwarze Bergarbeiter ihrer Arbeitsplätze berauben und ihre Familien zur Rückkehr in ihre Heimatländer und damit in bittere Armut zwingen. Ich glaube nicht, daß das amerikanische Volk so etwas tun möchte. Wie ein führender afrikanischer Politiker kürzlich bemerkt hat: Südafrika gleicht einem Zebra. Wenn die weißen Teile verletzt werden, dann werden die schwarzen Teile ebenfalls sterben.

Westliche Staaten haben Milliarden an Auslandshilfe und Investitionskrediten in das südliche Afrika gepumpt. Ist es sinnvoll, diesen Ländern einerseits zu helfen und andererseits das industrielle Räderwerk, von dem ihre Zukunft abhängt, zu zerstören?

Wo immer Schwarze sich um Chancengleichheit, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bemühen, sind die amerikanischen, britischen, französischen, deutschen und niederländischen Geschäftsleute, die in ihren Heimatländern entwickelte Ideen von sozialer Gerechtigkeit nach Südafrika tragen, ihre besten Verbündeten.

Wenn der Rückzug der Investitionen ein Mandat erhält, so werden diese fortschrittlichen westlichen Kräfte das Land verlassen, und südafrikanische Gesellschafter werden ihre Farmen und Fabriken, Werke und Minen zu Ausverkaufspreisen übernehmen. Wie könnte dies die Apartheid beenden?

Unsere eigenen Erfahrungen lehren uns, daß Fortschritt in Rassenfragen am schnellsten und leichtesten nicht in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs erreicht werden, sondern in Zeiten von Wohlstand und Wachstum. Unsere eigene Geschichte lehrt uns, daß der Kapitalismus den natürlichen Feind solch feudaler Institutionen wie der Apartheid darstellt.

Trotzdem teilen wir die Empörung, die sich bei den Amerikanern mit der Zeit entwickelt hat.

Abend für Abend, Woche für Woche hat uns das Fernsehen über die Gewalttaten südafrikanischer Sicherheitskräfte berichtet, durch die friedliche Demonstranten und unschuldige Passanten verletzt oder getötet wurden. In jüngster Zeit haben wir von Gewalttaten Schwarzer gegen Schwarze gelesen. Und dann existiert da noch der kalkulierte Terror durch Elemente des Afrikanischen Nationalkongresses: das Verminen von Straßen, die Bombenanschläge auf öffentlichen Plätzen, die auf die Erzeugung weitere Repressionen abzielen, die Einführung des Kriegsrechts, die als Endeffekt Bedingungen für einen Rassenkrieg schaffen wird.

Die am häufigsten angewandte Methode des Terrors ist das sogenannte "Halsband". Bei diesem barbarischen Mittel der Vergeltung wird ein Reifen

ein Reifen mit Kerosin oder Benzin gefüllt, um den Hals eines angeblichen "Kollaborateurs" gelegt und angezündet. Das Opfer kann ein schwarzer Polizeibeamter, ein Lehrer, ein Soldat oder ein Staatsbediensteter sein. Das ist egal. Die grausame Tat dient dazu, die Schwarzen so zu terrorisieren, daß sie alle Art von rassistischer Kooperation beenden - und dazu, Südafrika als Präludium zu einem letzten, sich zuspitzenden Machtkampf zu polarisieren.

Bei der Verteidigung ihrer Gesellschaftsordnung und ihres Volkes hat die südafrikanische Regierung ein Recht und die Pflicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung gegenüber Terroristen. Durch die von ihr angewandten Taktiken beschleunigt die Regierung jedoch nur die Fahrt in den Abgrund des Blutvergießens. Die Gemäßigten sind eingeschlossen zwischen der Einschüchterung durch radikale Jugendliche und Gegengewalt durch die andere Seite.

Der von der Regierung verhängte Ausnahmezustand geht außerdem weit über das Maß des Notwendigen hinaus. Und dadurch, daß er zur Verhaftung Tausender von Studenten, Bürgerrechtsvertretern, Kirchenführern und Gewerkschaftsvertretern führte, verletzte er selbst das Gesetz und trug zu einer weiteren Radikalisierung bei. Solch repressive Maßnahmen werden Südafrika weder Frieden noch Stabilität bringen.

Es ist tragisch, daß die meisten Amerikaner nur von den Toten und Verletzten in Südafrika erfahren - vom Terrorismus, der Gewalt und der Repression. Denn hinter den furchtbaren Fernsehbildern gibt es noch eine andere Wahrheit: Südafrika ist eine komplexe und vielfältige Gesellschaft, die sich in einem Übergangsstadium befindet. Eine zunehmende Zahl von Südafrikanern ist zu der Ansicht gelangt, daß der Wandel unverzichtbar zum Überleben ist. Diese Erkenntnis ist hart und spät gekommen; aber Pretoria hat endlich gemerkt, daß die Apartheid der Vergangenheit angehört.

In den letzten Jahren hat sich ein dramatischer Wandel vollzogen. Schwarzen Arbeitern wurden gestattet, sich gewerkschaftlich zu organisieren, Tarifverhandlungen durchzuführen und die stärkste freie Gewerkschaftsbewegung in ganz Afrika aufzubauen. Die berüchtigten Paßgesetze wurden abgeschafft, ebenso wie viele der Gesetze, durch die Schwarze daran gehindert werden, in südafrikanischen Städten zu leben, zu arbeiten und Grundbesitz zu erwerben. Die Staatsbürgerschaft, die ihnen fälschlich genommen worden war, wurde fast sechs Millionen Schwarzen zurückgegeben. Die Rassentrennung in Universitäten und öffentlichen Einrichtungen wird abgebaut. Die sozialen Apartheidgesetze, durch die geschlechtliche Beziehungen und Ehen zwischen den Rassen verboten wurden, sind beseitigt worden. Und gerade weil Staatspräsident Botha die Aufsicht über diese Reformen führte, wird er von Extremisten als Verräter gebrandmarkt.

Wir müssen uns daran erinnern, so wie der britische Historiker Paul Johnson uns erinnert, daß Südafrika sowohl ein afrikanisches wie auch ein westliches Land ist.

Und, wenn wir die Geschichte dieses Kontinents in dem Vierteljahrhundert seit der Unabhängigkeit betrachten, sieht der Historiker Johnson Süd-

Johnson Südafrika nicht als Fehlschlag an: "...nur in Südafrika," so schreibt er, "sind die Realeinkommen der Schwarzen stark angestiegen... Im Bergbau haben sich die Reallöhne der Schwarzen im letzten Jahrzehnt verdreifacht... Südafrika ist das... einzige afrikanische Land, das eine große schwarze Mittelschicht hervorgebracht hat." Und er fügt hinzu: "Es ist fast sicher, daß es in Südafrika heute mehr schwarze Frauen in akademischen Berufen gibt als im übrigen Afrika zusammen."

Trotz Apartheid wandern Zehntausende schwarzer Afrikaner aus Nachbarstaaten nach Südafrika, um der Armut zu entfliehen und sich der Möglichkeiten einer Wirtschaft zu bedienen, die fast ein Drittel des Einkommens aller Staaten Afrikas südlich der Sahara produziert.

Es ist tragisch, daß in der gegenwärtigen Krise der soziale und wirtschaftliche Fortschritt zum Stillstand gekommen ist. Im zeitgenössischen Südafrika - vor der Verhängung des Ausnahmezustandes - gab es doch ein großes Maß an Rede-, Presse- und Religionsfreiheit. Und es ist wirklich schwer, sich ein einziges Land im sowjetischen Block vorzustellen - oder viele in den Vereinten Nationen -, wo politische Kritiker die gleiche Freiheit haben, um zu Wort zu kommen - wie es die offenen Kritiker der südafrikanischen Regierung getan haben.

Nach westlichen Maßstäben gemessen, genügt Südafrika trotzdem noch immer nicht den Ansprüchen, und das in hohem Maße, was die Bereiche wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit angeht. Südafrikas Handlungen zur Beendigung der Apartheid dürfen jetzt nicht enden. Der Ausnahmezustand muß aufgehoben werden. Der politische Prozeß muß geöffnet werden. Daß die Schwarzen in Südafrika ihre Regierung mitbestimmen sollten, ist eine Idee, deren Zeit heute gekommen ist. Es kann kein Zurück geben. In der gemischtrassigen Gesellschaft, die Südafrika nun einmal ist, kann keine einzelne Rasse die Ausübung der politischen Macht monopolisieren.

Schwarze Kirchen, schwarze Gewerkschaften und insbesondere echte schwarze Nationalisten müssen in der Zukunft ihres Landes eine legitime Rolle spielen. Die südafrikanische Regierung ist jedoch keineswegs dazu verpflichtet, über die Zukunft des Landes mit irgendeiner Organisation zu verhandeln, deren proklamiertes Ziel in der Schaffung eines kommunistischen Staates besteht - und die zur Erreichung dieses Zieles terroristische Taktiken benutzt.

Verständlicherweise fragen viele Amerikaner: Warum waschen wir nicht unsere Hände in Unschuld, wenn wir uns die Bedingungen der Gewalt zwischen den Rassen, den Haß vor Augen führen, und verlassen diesen tragischen Kontinent und dieses blutende Land?

Die Antwort darauf lautet: Dies können wir nicht tun.

In Südafrika stoßen unsere nationalen Ideale und unsere strategischen Interessen aufeinander.

Südafrika ist wichtig, weil wir daran glauben, daß alle Menschen gleich erschaffen und von ihrem Schöpfer mit unveräußerlichen Rechten aus-

Rechten ausgestattet worden sind. Südafrika ist wichtig wegen unserer nationalen Identität. Einer von acht Amerikanern kann seine Vorfahren bis nach Afrika zurückverfolgen.

Strategisch gesehen, ist dies eine der wichtigsten Regionen der Welt. Um das Kap der Guten Hoffnung herum nimmt das für die Wirtschaft der Industrieländer Westeuropas unerläßliche Öl des Persischen Golfs seinen Weg. Das südliche Afrika und Südafrika sind eine Fundgrube für viele wichtige Mineralien wie zum Beispiel Vanadium, Mangan, Chrom und Platin, für die der Westen keine andere sichere Lieferquelle hat.

Die Sowjetunion ist sich sehr wohl dessen bewußt, was auf dem Spiel steht. Vor zehn Jahren setzte Moskau mit Hilfe einer von Fidel Castro bereitgestellten Armee kubanischer Söldner ein Stellvertreter-Regime in Angola ein. Heute liefert die Sowjetunion diesem Regime die Waffen, um die UNITA anzugreifen, jene schwarze Befreiungsbewegung, die für alle Angolaner dasselbe Recht fordert, in ihrer Regierung repräsentiert zu sein, das auch schwarze Südafrikaner für sich beanspruchen.

Die Apartheid bedroht unsere wichtigen Interessen in Südafrika, weil sie die Nachbarstaaten in den Strudel der Gewalt hineinzieht. In den vergangenen achtzehn Monaten sind südafrikanische Truppen wiederholt in Nachbarstaaten eingedrungen. Ich wiederhole, daß wir solch ein Verhalten verurteilen. Darüber hinaus haben sich die von den Sowjets ausgerüsteten Guerillas des Afrikanischen Nationalkongresses - die sowohl innerhalb Südafrikas als auch von den Nachbarländern aus operieren - wiederum mit terroristischen Aktivitäten in Südafrika begonnen. Ich verurteile auch dieses Verhalten.

Aber Südafrika kann die Schuld an diesen Problemen nicht auf die Nachbarstaaten schieben - besonders wenn solche Nachbarn Schritte unternehmen, um die Aufnahme von Guerilla-Aktivitäten von ihrem Territorium aus zu unterbinden.

Wenn diese zunehmende Feindschaft im südlichen Afrika zwischen Pretoria und seinen Anrainer-Staaten offen zum Ausbruch kommt, wird die Sowjetunion dabei der Hauptnutznießer sein. Dabei ständen die wichtige Meerenge bei Südafrika sowie auch die strategisch wichtigen Mineralien der Region auf dem Spiel.

Es wäre daher ein historischer Akt der Torheit seitens der Vereinigten Staaten und des Westens, aus Gründen der Angst, Frustration und des Ärgers Südafrika abzuschreiben.

Letztendlich wird aber das Schicksal Südafrikas dort entschieden und nicht hier. Wir Amerikaner sind zur Hilfe bereit. Aber ob Südafrika frei und demokratisch wird oder einen Abwärtskurs in eine Spirale der Armut und Unterdrückung nimmt, wird das Land selbst zu entscheiden haben und nicht wir.

Der Schlüssel für die Zukunft liegt bei der südafrikanischen Regierung. So wie ich die westlichen Nationen dazu dränge, die Kommunikation

die Kommunikation und ihr Engagement in Südafrika aufrechtzuerhalten, so dränge ich auch Herrn Botha, sich nicht in die Isolation zurückzuziehen und den Kontakt zum Westen nicht abreißen zu lassen. Amerikaner und Südafrikaner waren noch nie Feinde - und wir verstehen die Befürchtungen, die Angst und die Sorge all seiner Bewohner. Aber ein Ende der Apartheid bedeutet nicht notwendigerweise ein Ende der sozialen, wirtschaftlichen und physischen Sicherheit der weißen Bevölkerung in diesem Land, das sie lieben und für dessen Aufbau sie so viel geopfert haben.

Zu der schwarzen, "farbigen" und asiatischen Bevölkerung Südafrikas, die so lange als zweit- und drittklassig angesehen wurde, kann ich nur sagen: in Ihrer Hoffnung auf Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung haben Sie in den Vereinigten Staaten einen Freund und Verbündeten. Erhalten Sie sich ihre Hoffnungen auf Frieden und Aussöhnung; wir werden unseren Beitrag dazu leisten, um diesen Weg offen zu halten.

Wir wissen, daß hinter der Wut und dem Groll in den Townships die Erinnerung an die, Generationen von Südafrikanern widerfahrenen, Ungerechtigkeiten steht. Wem Unrecht widerfuhr, so sagt der Dichter, dem wird es oft mit Gleichem vergolten.

Aber wenn die Bevölkerung Südafrikas eine Zukunft in einem freien Land haben soll, in dem die Rechte aller respektiert werden, muß von Vergeltung abgesehen werden. Andernfalls wird die Zukunft in einem blutigen Kampf um die Vergangenheit untergehen.

Es wäre überheblich, darauf bestehen zu wollen, daß einzig amerikanische Ideen und Institutionen, die in unserer Geschichte und unseren Traditionen verwurzelt sind, in südafrikanische Erde verpflanzt werden sollen. Lösungen für Südafrikas politische Krise müssen von Südafrika selbst kommen. Schwarze und Weiße, "Farbige" und Asiaten haben alle jeweils ihre eigenen Traditionen. Aber lassen Sie mich Ihnen darstellen, wie unserer Ansicht nach die notwendigen Bestandteile des Fortschritts hin zu einem politischen Frieden aussehen könnten.

Erstens sollte ein Zeitplan für die Abschaffung der Apartheidgesetze festgelegt werden.

Zweitens sollten alle politischen Gefangenen freigelassen werden.

Drittens muß Nelson Mandela freigelassen werden, um den politischen Fortschritt seines Landes mitgestalten zu können.

Viertens sollten das Verbot politischer Bewegungen der Schwarzen aufgehoben werden.

Fünftens sollten sowohl die Regierung als auch ihre Gegner einen Dialog über den Aufbau eines politischen Systems einleiten, das auf der Zustimmung der Regierten aufbaut und in dem die Rechte der Mehrheiten, Minderheiten und Individuen gesetzlich geschützt sind. Und der Dialog sollte von denen begonnen werden, die Macht und Autorität besitzen, nämlich der südafrikanischen Regierung selbst.

Sechstens sollte



Sechstens sollte Südafrikas starke und entwickelte Wirtschaft nicht gelähmt werden, wenn das Südafrika nach der Apartheid das wirtschaftliche Zugpferd des südlichen Afrika bleiben soll. Deshalb fordere ich den Kongreß auf - und auch die Länder Westeuropas - diesem gefühlsmäßigen Ruf nach strafenden Sanktionen zu widerstehen.

Wenn der Kongreß Sanktionen verhängt, würde er damit Amerikas Flexibilität zerstören, unseren diplomatischen Einfluß zunichte machen und die Krise vertiefen. Um etwas zu ändern, müssen Amerikaner, die sich um Anständigkeit und Fortschritt in der Welt bemühen, weiterhin engagiert bleiben.

Wir müssen bleiben und arbeiten, nicht abbrechen und davonrennen.

Es sollte unsere Politik sein, in Südafrika aufzubauen, nicht einzureißen. Nur zu oft haben wir Amerikaner in der Vergangenheit tadelnswerten Regimen - aus Wut, Frustration und Ungeduld heraus - den Rücken zugekehrt, nur um dann das Unglück zu sehen, das auf dem Fuße folgte.

Diejenigen, die uns heute sagen, daß es moralisch sei, die südafrikanische Wirtschaft mit einem Embargo zu belegen und Südafrika abzuschreiben, sollten uns einmal genau sagen, was ihrer Ansicht nach an deren Stelle entstehen wird. Welche ausländische Macht wird den leeren Platz füllen, wenn die Bande zum Westen zerissen sind?

Um jedoch wirkungsvoll zu sein, muß unsere Politik mit den westlichen Verbündeten und den Anrainerstaaten im südlichen Afrika koordiniert werden. Diese Länder haben die größten Befürchtungen um, aber auch möglichen Einfluß auf die Situation in Südafrika. Ich beabsichtige, die folgenden Schritte zu unternehmen:

Außenminister Shultz hat bereits mit unseren westlichen Verbündeten, deren Verwurzelung und Präsenz in Südafrika bedeutender sind als unsere, intensive Konsultationen darüber aufgenommen, wie die Verhandlungen dort zu ermutigen seien. Wir wollen, daß der Fortschritt jetzt beginnt, und wir wollen allen beteiligten Parteien die Kanäle öffnen. Die Schlüsselnationen des Westens müssen gemeinsam handeln, denn nur zusammen können wir eine Veränderung herbeiführen.

Wir unterstützen die augenblicklichen Bemühungen der britischen Regierung voll und ganz, durch die Hoffnungen auf Verhandlungen neu beleben werden sollen. Außenminister Howes Besuche bei südafrikanischen Staatsmännern in dieser Woche werden hierbei eine bedeutende Rolle spielen.

Zweitens fordere ich die Staatsmänner der Region dazu auf, mit uns gemeinsam nach einer Zukunft des südlichen Afrika zu streben, in der die Länder in Frieden und Zusammenarbeit miteinander leben.

Südafrika ist das Land Afrikas, in dem die industrielle Revolution zuerst in Fuß faßte, seine Wirtschaft ist eine mächtige Maschinerie, die das südliche Afrika in eine Zukunft des Wohlstandes ziehen könnte. Die anderen Länder des südlichen Afrika sind, von Kinshasa bis zum Kap, alle reich an natürlichen Bodenschätzen und Arbeitskräften.

Drittens habe ich

Drittens habe ich Außenminister Shultz und den AID-Vertreter McPherson angewiesen, eine Studie über die amerikanische Hilfe im südlichen Afrika zu erstellen und herauszufinden, was getan werden muß, auch um den Handel und private Investitionen anzukurbeln und Transportmöglichkeiten für die im Landesinnern blockierten Länder des südlichen Afrika zu schaffen. In den vergangenen fünf Jahren haben wir den Nachbarn Südafrikas fast eine Milliarde Dollar an Unterstützung gewährt. In diesem Jahr hoffen wir, den schwarzen Südafrikanern zusätzlich 45 Millionen Dollar zur Verfügung stellen zu können.

Wir sind entschlossen, weiterhin diplomatisch und wirtschaftlich in allen Staaten des südlichen Afrika engagiert zu bleiben, die nach konstruktiven Beziehungen mit den Vereinigten Staaten streben.

Diese Administration ist nicht nur gegen ausgedehnte Wirtschaftssanktionen und gegen Apartheid: wir sind für ein neues Südafrika, ein neues Land, in dem alles, was über Generationen hinweg aufgebaut worden ist, nicht zerstört wird, für eine neue Gesellschaft, in der die Teilnahme am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben allen Bevölkerungsgruppen offensteht - ein neues Südafrika, das heimkehrt zur Familie freier Nationen, der es entstammt.

Um das zu erreichen, benötigen wir keinen Rückzug des Westens, sondern ein stärkeres Engagement der westlichen Wirtschaftskreise als Mittler des Wandels, Fortschritts und des Wachstums. Die internationalen Wirtschaftskreise müssen in Südafrika nicht nur unterstützt werden, sondern Auftrieb bekommen. Wir werden an dieser Aufgabe arbeiten. Wenn wir den Prozeß der Umwandlung fördern wollen, bietet sich als eines der besten Mittel für den Wandel eine Beteiligung schwarzer Südafrikaner in der Wirtschaft, am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften an.

Aber die Vision eines besseren Lebens kann nicht verwirklicht werden solange die Apartheid besteht und die Instabilität in Südafrika regiert.

Wenn die Bevölkerung des südlichen Afrika zu Wohlstand gelangen soll, müssen die Staatsmänner und Völker der Region - solche aller Rassen - ihre gemeinsamen Interessen über ihre ethnischen Unterschiede stellen.

Weder wir noch unsere Verbündeten können der Regierung eines souveränen Landes Vorschriften machen. Das sollten wir auch nicht versuchen. Aber wir können unsere Hilfe anbieten, wenn es darum geht, eine Lösung zu finden, die für alle Menschen in Südafrika gerecht ist. Wir können freiwillig Beistand leisten und dabei helfen, den Dialog zwischen Führern der verschiedenen Gruppierungen, die die Bevölkerung Südafrikas ausmachen, einzuleiten. Wir können raten und beraten und es allen klar machen, daß wir dort als Freunde aller Menschen in Südafrika sind.

Das Fenster zu diesem gequälten Land bleibt offen für einen friedlichen Wandel, wir wissen jedoch nicht, wie lange diese noch Bestand hat. Aber wir im Westen, so privilegiert, wohlhabend und frei, wie wir sind,

wie wir sind, sollten es nicht zuschlagen. Jetzt ist die Zeit der Heilung gekommen. Die Menschen in Südafrika, und zwar alle Rassen, verdienen die Chance, eine bessere Zukunft aufzubauen. Und wir sollten diese Chance nicht zerstören.

\*\*\*\*\*



24

23. Juli 1986

### SHULTZ: KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS GEWINNBAR

- Rede des Außenministers beim USIA-Antiterrorismus-Seminar -

WASHINGTON - (AD) - Im Rahmen eines vom US-Informationsamt (USIA) veranstalteten Presse-seminars zur Bekämpfung des staatlich unterstützten Terrorismus verwies der amerikanische Außenminister George P. Shultz in seinem Beitrag am 9. Juli 1986 in Washington darauf, daß die Vereinigten Staaten wie auch die Regierungen anderer Länder über eine Strategie verfügen, "mit der der Krieg gegen den Terrorismus gewonnen werden kann."

Der Beitrag von Außenminister Shultz hat, um wenige einleitende Sätze gekürzt, den folgenden Wortlaut:

Der erste Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist der, daß wir und andere Regierungen über eine Strategie verfügen, mit der der Krieg gegen den Terrorismus gewonnen werden kann. Wir - wir alle - müssen ihn als Mitglieder zivilisierter, organisierter, freier Gesellschaften gewinnen - und wir können ihn gewinnen.

Vom Standpunkt der Vereinigten Staaten aus gesehen besteht unsere Strategie zu allererst darin, sicher zu sein, daß die Menschen sich ganz deutlich der Natur, der Bedeutung und der Tragweite des Problems bewußt sind - und ich glaube, dies ist auch für andere Staaten und für uns als Staatengemeinschaft eine sehr gute Strategie. Ich glaube, es ist fast

es ist fast eine Binsenweisheit, daß man ein Problem erst dann lösen kann, wenn die Leute erkannt haben, daß eines vorhanden ist und wenn sie dessen Inhalt und Bedeutung erfaßt haben. Dies ist der erste Punkt.

Punkt zwei ist, daß wir sehr gute nachrichtendienstliche Erkenntnisse darüber benötigen, um in allen Einzelheiten über die entsprechenden Vorgänge Bescheid zu wissen und so etwas dagegen tun zu können. Dies ist zum Beispiel bei unserer eigenen Regierung der Fall, wo wir nicht nur im nachrichtendienstlichen Bereich über große Kapazitäten verfügen, sondern wo auch ganz allgemein ein immer stärkeres Bewußtsein hinsichtlich dessen entsteht, was vor sich geht. Durch diese immer detailliertere Kenntnis des Panoramas konnten wir im Verlauf der letzten 12 bis 18 Monate über 200 terroristische Anschläge verhindern, die sich gegen uns gerichtet hatten, aber auf diese Weise nicht verwirklicht werden konnten. Aber die nachrichtendienstliche Kapazität anderer Länder nimmt ebenso zu wie unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Und jene Terrororganisationen und Staaten, die den Terrorismus unterstützen, sollten sich der Tatsache bewußt sein, daß wir wesentlich mehr über ihre Absichten wissen, als sie für möglich halten - und das ist gut so. Aber wir brauchen noch mehr nachrichtendienstliche Erkenntnisse und die Fähigkeit, dementsprechend zu reagieren.

Manches kommt nur von schlichter Achtsamkeit. So machten wir rein durch die Achtsamkeit der örtlichen Polizei, der Presse und unseres Botschaftspersonals den Versuch zunichte, einen Teil unserer Botschaft in Mexiko-City mittels einer raffinierten Autobombe in die Luft zu sprengen: wir erhielten einen Hinweis, verfolgten ihn, fanden heraus, daß dem wirklich so war und kamen allem zuvor. Neben nachrichtendienstlichen Erkenntnissen also die reine Achtsamkeit.

Dies also ist das zweite Element der Strategie und auch hier machen wir Fortschritte. Es gab in diesem Zusammenhang auch eine Vielzahl von Kontakten mit entsprechenden Stellen anderer Staaten. Botschafter Oakley, gleichfalls hier im Programm, wird Ihnen mehr darüber sagen.

Der dritte Schritt, der zu tun ist, betrifft die Vorsorglichkeit, mit der wir uns selbst benehmen, um defensive Vorkehrungen im Sicherheitsbereich zu treffen. Wir tun dies schon seit langem an Flugplätzen, auch wenn hier noch mehr zu tun ist. Ich erinnere mich daran, weil ich damals in den frühen siebziger Jahren, als Flugzeugentführungen zu einem ernststen Problem wurden, Finanzminister war und, wie immer, darum kämpfte, den Haushalt so niedrig wie möglich zu halten. Da gab es plötzlich etwas, was uns zwang, eine Menge Geld auszugeben, und ich schaute mir die Sache genau an. Aber damals fing es mit diesen Vorrichtungen an, durch die man geht, bevor man ein Flugzeug besteigt.

Neben der zusätzlichen Geldausgabe verschaffte es, wie ich weiß, den Leuten auch noch das Gefühl des Unbehagens. Sie mußten sich in einer Reihe aufstellen, um durch die Kontrolle zu gehen, und es gab darüber zunächst auch Beschwerden. Mittlerweile hat sich das geändert; jetzt ist es so, daß man nervös wird, wenn man zu einem Flugplatz kommt und niemand macht sich diese Mühe der Aufmerksamkeit.

Auch hinsichtlich

Auch hinsichtlich unserer Botschaften verbessern wir die getroffenen Sicherheitsvorkehrungen - nicht um unsere Arbeitsweise zu verändern, sondern im Gegenteil, um es möglich zu machen, unsere Arbeit effizient zu tun. So steuern (USIA-Direktor) Charles Wick und wir Geld für Bibliotheken und Ausstellungen bei, wo Menschen kommen, Bücher ausleihen und über unser Land etwas erfahren können, und natürlich wollen wir, daß sie das tun. Und vielleicht war es früher so, daß es umso besser war, je offener und zugänglicher all das war. Jetzt müssen wir etwas tun, um die Sicherheit dieser Räumlichkeiten zu garantieren, weil sonst niemand kommen würde. Wir erfüllen unsere Mission also dadurch, daß wir sie zu sichereren Plätzen machen. So also gehen wir diese Dinge an.

Viertens müssen wir bereit sein, etwas auf aktive Weise zu unternehmen, wenn wir von Herausforderungen erfahren, die sich uns durch Terroristen, insbesondere staatlich-unterstützten Terrorismus, stellen. Dies tun wir auch. In dieser Hinsicht sprechen unsere Taten deutlicher als unsere Worte, aber die Politik ist klar: Wir werden handeln, wenn wir überzeugt sind, daß Handeln angemessen ist. Und Terroristen wie auch die Staaten, die Terroristen unterstützen, sollten wissen, daß die Vereinigten Staaten handeln werden. Deshalb agieren sie auch nicht in einem Umfeld, in dem es für sie keine Kosten gibt, in dem sie alles tun können und nichts unternommen wird, um auch die Kosten für sie selbst zu erhöhen.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß hinsichtlich des rechtlichen Aspekts zur Behandlung dieses Problems Fortschritte erzielt worden sind, obgleich es hier deutliche Grenzen gibt. Aber in unserem Land und auch in anderen Ländern gilt eindeutig, daß der terroristische Mord an einem amerikanischen Bürger oder dem Bürger eines anderen Landes in einem Drittland in unsrem Staat ein Verbrechen sein kann. Deshalb bemühen wir uns um Auslieferung und machen auch bei Auslieferungsfällen Fortschritte.

Es gibt also eine eindeutige Strategie, und dies wurde auch in gewissem Sinn auf sehr gute Weise in der Terrorismuserklärung des Gipfels von Tokio deutlich.

Jetzt würde ich gern noch einige Bemerkungen zu einer Reihe von Dingen machen, die oft über den Terrorismus gesagt werden, die meiner Meinung nach aber einer gewissen Klärung bedürfen.

Erstens haben manche Leute bisweilen den Eindruck, dies sei irgendwie ein amerikanisches oder ein israelisches Problem. Ein Blick auf die Statistik zeigt, wie falsch dies ist. Im Jahr 1985 gab es 800 internationale Terroranschläge - der Definition zufolge ein Anschlag, der in einem bestimmten Land stattfindet, wobei jemand aus einem anderen Land in irgendeiner Weise verwickelt ist. Diese Anschläge richteten sich gegen Menschen oder Objekte in 90 Ländern. Von den 877 Männern, Frauen und Kindern, die im vergangenen Jahr dabei umkamen, waren 28 Amerikaner, 28 Israelis. Man sieht also: auch wenn wir Ziel dieses Problems sind, so sind doch meistens andere das Ziel, und nur selten passiert derlei in den Vereinigten Staaten. Es passiert meistens in anderen Ländern. Es ist

Es ist also ein internationales Problem. Es geht uns alle an.

Ich sollte auch darauf hinweisen, daß viele der Opfer Araber sind. Terroristen aus Libyen und anderen Staaten des Nahen Ostens mögen die gemäßigten arabischen Regierungen nicht und streben deshalb danach, sie einzuschüchtern oder zu untergraben. So haben Tunesien, Ägypten, Jordanien und Kuwait die Auswirkungen des Terrorismus zu spüren bekommen. Gerade jetzt sehen wir es besonders in Kuwait und sehen es bei denjenigen, die im Gefängnis sitzen. Ich möchte also herausstellen, daß sich diese Aktivitäten nicht primär gegen Amerika oder Israel richten, obwohl unsre beiden Länder sie durchaus zu spüren bekommen, sondern im allgemeinen breiter gestreut sind.

Ein zweiter Punkt, der oft genannt wird, ist das terroristische Engagement für eine vermeintlich gerechtfertigte, edle Sache, und daß wir, wenn wir etwas dagegen unternehmen wollen, diese Sache an der Wurzel angehen müssen. Mir scheint, daß das eine fehlgeleitete und irreführende Argumentation ist.

Bei der Verteidigung der Entführer der Achille Lauro wurden diese zum Beispiel von ihren Verteidigern als "Freiheitskämpfer" bezeichnet. Das ist Unsinn, weil sie durch ihre brutale Behandlung der Passagiere des Schiffes und den Mord an einem unschuldigen, behinderten Mann nicht der Freiheit Vorschub geleistet haben. Was sie ihren eigenen Schilderungen nach wollten, war die Befreiung ihrer Genossen, die aufgrund früher verübter Terroranschläge im Gefängnis saßen, einer von ihnen für vorsätzlichen Mord an einem vierjährigen Mädchen. Wo ist hier also die edle Absicht der Freiheitskämpfer zu erkennen ?

Es ist besonders für all jene von uns, die hart für den Frieden im Mittleren Osten arbeiten, ein Skandal, wenn manche Leute in diesem Zusammenhang von der "Sache Palästinas" sprechen. Stellen Sie sich einmal selbst die Frage, auf welcher Seite die Terroristen stehen. Nehmen Sie Al-Masri als Beispiel, ein integrierter, mit dem amtierenden Außenminister Jordaniens verwandter Mann, der sich im Interesse des Friedens und der Sache Palästinas, die er als Palästinenser verteidigte, der Verantwortung stellte und das Amt des Bürgermeisters von Nablus übernahm. Er wurde von Terroristen getötet. Inwiefern dient das der Sache des Friedens? Was wollen diese Menschen anderes als Zerstörung und Chaos?

Wenn Sie sich dagegen europäische Terroristen der verschiedenen Lager anschauen, so scheint deren Hauptinteresse darin zu bestehen, Störungen hervorrufen, die die Regierungen ihrer allesamt demokratischen Nationen in dem Lichte erscheinen lassen, unfähig zu sein. Es ist ihnen nicht gelungen. Wenn Sie sich die Terroristen Mittel- und Lateinamerikas, wie die M-19 oder M-14, anschauen, denen in Nicaragua Unterschlupf, Ausbildung und Ausrüstung gewährt wird: was sind deren Ziele? Was wollten die M-19 im Justizpalast von Bogota in Kolumbien? Sie verfolgten Richter, die Urteile zur Ausweisung von Personen aussprechen wollten, die wegen Drogenschmuggels verfolgt wurden. Hier dient also Terrorismus der Unterstützung des Drogenschmuggels und damit haben Sie das zugrundeliegende Übel.

Lassen Sie mich

Lassen Sie mich hier die Gelegenheit ergreifen, einige Punkte zum Thema Terrorismus und Presse zu sagen. Was erwartet der einzelne Bürger von einer freien Presse? Zunächst einmal, daß der Terrorismus seinem Stellenwert entsprechend in der Presse abgedeckt werden sollte, daß über ihn vollständig und objektiv, das heißt akkurat berichtet werden muß. Journalisten spielen hierbei natürlich eine wichtige Rolle. Diese Pflicht kommt der Presse zu. Und aus diesem Grunde ist auch eine freie Presse wichtig.

Das Problem für die Presse besteht beim Terrorismus darin, daß Menschen sich von den Ideen der Terroristen faszinieren lassen und viel dafür zu tun bereit sind, um Interviews zu erhalten. Dabei gilt es jedoch, vorsichtig zu sein, und nicht etwa den Terrorismus dadurch zu ermutigen, daß man selbst zum Sprachrohr seiner Ideen wird.

Darüber hinaus müssen wir uns davor hüten, die Gegenmaßnahmen der Regierungen zum Terrorismus dadurch unwirksam zu machen, daß wir zuviele Einzelheiten über deren Aktionen verbreiten. Sie können dem natürlich entgegenhalten, daß es ganz allein an uns liegt, die Sache geheimzuhalten, auch wenn es schwierig ist, besonders wenn wichtige Belange auf dem Spiel stehen. Es ist aber sehr schwierig, Maßnahmen zu ergreifen, wenn man, wie etwa bei militärischen Operationen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorgehen will und die Berichterstattung dem vorausseilt. Die Terroristen werden so in die Lage versetzt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um staatliche Aktionen unmöglich zu machen.

Das sind also die Probleme, denen Sie sich als Journalisten gegenübersehen und mit denen Sie fertigwerden müssen. Ihre Kenntnis vieler Dinge bedeutet, daß Sie besonderen Verpflichtungen nachkommen müssen und Ihnen eine besondere Verantwortung zukommt, wenn es darum geht, den Krieg gegen den Terrorismus zu gewinnen, den wir alle als Mitglieder unserer Gesellschaften gewinnen wollen.

Ich denke, daß dieses Thema für die Presse eine besondere Verantwortung bedeutet und im allgemeinen glaube ich, daß die Presse ihre Sache sehr gut macht, ihrem Publikum von allen Ereignissen im Zusammenhang mit Terroristen ausführlich zu berichten. Indem man diese Personen für sich selbst sprechen läßt, kann sich die Leserschaft selbst ein Bild von ihnen machen. Aber das allein reicht nicht aus, man muß auch das ans Tageslicht bringen, was sie selbst nicht sagen - zum Beispiel im Falle der Achille Lauro, daß ein zu befreiender Terrorist der Mörder eines vierjährigen Kindes ist. Mit dieser Art von Menschen haben wir es hier zu tun: das gilt es zu begreifen.

Ich habe dieses Thema so ausführlich behandelt, weil es mir persönlich am Herzen liegt. Es betrifft Diplomaten, es betrifft alle Amerikaner. Und es richtet sich gegen unser Gesellschaftssystem, gegen unsere Demokratie und unsere Zivilisation. Es ist daher etwas, das wir und auch der Präsident sehr ernst nehmen. Wir nehmen auch unsere Pflicht und unsere Verantwortung in der Regierung der Vereinigten Staaten sehr ernst, um jeden möglichen Beitrag zu leisten, der notwendig ist, um den Krieg gegen den Terrorismus zu gewinnen. Und wir werden es schaffen.

\* \* \* \* \*





### DIE NAGELPROBE VON STOCKHOLM

- Von Botschafter Robert L. Barry -

Botschafter Barry ist Leiter der amerikanischen Delegation bei der Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE).

STOCKHOLM - (AD) - Seit nunmehr fast drei Jahren haben Ost und West in Stockholm verhandelt, um praktische Wege zu finden, auf denen die Offenheit und Vorausssehbarkeit militärischer Handlungen in Europa vergrößert, das Risiko eines konventionellen Krieges in Europa herabgesetzt sowie der Gebrauch von Gewalt zur politischen Einschüchterung verhindert werden können. Die Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE), an der 35 Staaten teilnehmen, wird am 19. September vertagt; und doch ist es bei weitem nicht sicher, ob sie überhaupt zu irgendwelchen Resultaten gelangen wird. Im Hinblick auf die sowjetischen Absichten - und zwar nicht nur bei der KVAE, sondern auch in noch ehrgeizigeren und anspruchsvolleren Abrüstungsforen - werden die Schlußwochen in Stockholm sehr aussagekräftig sein. Da die KVAE ein integraler Bestandteil des KSZE-Prozesses ist, der auch solch wichtige Problemkreise wie die Menschenrechte einschließt, könnte das Resultat von Stockholm

von Stockholm außerdem richtungsweisend für das Ost-West-Verhältnis über das begrenzte militärisch-sicherheitspolitische Gebiet hinaus sein.

Hinsichtlich der europäischen Sicherheitsproblematik verfolgen Ost und West bei der KVAE zwei sehr verschiedene Ansätze. Die NATO-Staaten - sowie die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten - haben Verhandlungen über detaillierte vertrauensbildende Maßnahmen wie etwa die Vorankündigung, Notifizierung und Beobachtung militärischer Übungen angestrebt, die dazu angetan sind, die Berechenbarkeit und Stabilität in europäischen Militärangelegenheiten zu erhöhen. Dies ist der eigentliche Zweck der KVAE, wie er in ihrem Mandat festgelegt wurde. Der Warschauer Pakt hat sich anfänglich gegen diesen praktischen Ansatz gestäubt und statt dessen allgemeinen politischen Erklärungen den Vorzug gegeben, wie etwa einem Versprechen des Gewaltverzichts. Er betrachtete konkrete Maßnahmen und das ihnen zugrundeliegende Prinzip größerer Offenheit bei militärischen Angelegenheiten mit Mißtrauen und behauptete, solche Offenheit diene lediglich der Enthüllung seiner militärischen Geheimnisse. Da es ihm jedoch nicht gelang, die Unterstützung anderer Teilnehmerstaaten für seinen Ansatz zu gewinnen, ist der Osten nach und nach von den meisten seiner deklaratorischen Maßnahmen doch abgerückt und hat damit begonnen, sich konkreten Maßnahmen wie den von der NATO und den neutralen Staaten favorisierten zuzuwenden.

Die Frage ist nun, ob der Osten sich Maßnahmen zu eigen machen und durchführen wird, die von realer militärischer Bedeutung sind.

Ein Hauptproblem dabei ist die Verifizierung. Gleichgültig wie substantiell sie in anderer Hinsicht sein könnte, würde jede in Stockholm erreichte Übereinkunft ernsthaft unterlaufen werden, wenn nicht jeder daran beteiligte Staat sichergehen könnte, daß auch alle anderen die Übereinkunft einhalten. Das einzige Instrument, das allen KVAE-Teilnehmern dafür zur Verfügung steht, ist die Untersuchung einer verdächtigen Aktivität vor Ort durch Spezialisten desjenigen Staats, der diese Zweifel hegt. Der Osten sollte ebenfalls in der Lage sein, solche Inspektionen zuzulassen. Die Sowjetunion hat öffentlich das Prinzip der Inspektion zum Zwecke der Verifizierung bei Abrüstungsgesprächen akzeptiert, einschließlich der Genfer bilateralen Nuklear- und Weltraumgespräche und der multilateralen Gespräche über chemische Waffen sowie der Wiener MBFR-Gespräche über konventionelle Truppen. Inspektionen im Rahmen der KVAE - wo wir Besuche in Operationsgebieten und nicht in geheimhaltungsbedürftigen Anlagen, wie z.B. den Garnisonen selbst oder nuklearen Stellungen, vorschlagen - wären weit weniger aufdringlich und anspruchsvoll. Aus diesem Grund bietet Stockholm den Sowjets einen relativ schmerzlosen Weg, um damit zu beginnen, ihre ausdrückliche Zustimmung zur Verifizierung durch Inspektionen in die konkrete Sprache militärischer Angelegenheiten zu übersetzen.

Die Frage der Ernsthaftigkeit des Ostens im Hinblick auf die Verifizierung ist deshalb besonders aktuell, weil die Sowjetunion und ihre Verbündeten im Warschauer Pakt in der Öffentlichkeit einen Schwall neuer Abrüstungsvorschläge vorbringen - darunter einen Vorschlag für neue Verhandlungen auf breitester Basis -, die sich auf alle konventionellen

alle konventionellen Kräfte in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, erstrecken sollen. Trotz dieser Eröffnung überwältigender neuer Aussichten versäumen die Sowjets und ihre Verbündeten es jedoch, die bestehenden bescheideneren, aber realistischeren Foren - KVAE und MBFR - zu nutzen, um die politische Atmosphäre zu schaffen, die notwendig ist, bevor man irgend einen allgemeineren und radikaleren Plan zum Abbau der konventionellen Rüstung glaubwürdig in Erwägung ziehen kann.

In Stockholm haben die Sowjets eine Chance, zu demonstrieren, daß sie das, was sie über ihren Wunsch nach wirksamer Rüstungskontrolle und ihre Bereitschaft zur Annahme der dafür notwendigen Verifizierung sagen, auch wirklich meinen. Solchermaßen übertrifft der Sinn der KVAE ihre Bedeutung als Einzelverhandlung, so wichtig diese auch sein mag. Während der Westen die Eröffnung ehrgeiziger neuer Projekte bei der konventionellen Rüstungskontrolle in Erwägung zieht, muß die Bereitschaft des Ostens zur Förderung einer Übereinkunft bei den Stockholmer Verhandlungen einen Hauptgesichtspunkt darstellen.

\* \* \* \* \*



### DIE NASA HANDELT

- Bericht an Präsident Reagan über Maßnahmen nach dem  
CHALLENGER-Unglück -

WASHINGTON - (AD) - In dem 49 Seiten umfassenden Bericht, den Dr. James Fletcher, Chef der US-Bundesbehörde für Luft- und Raumfahrt (NASA), Präsident Ronald Reagan am 14. Juli 1986 vorlegte, wird als frühestmöglicher nächster Starttermin eines Raumtransporters das erste Quartal 1988 genannt. Der ursprünglich vorgesehene Termin (Juli 1987) nach der CHALLENGER-Katastrophe vom 28. Januar 1986, die das Leben aller sieben Astronauten forderte, wird damit erheblich überschritten. Dr. Fletcher begründete dies mit Sicherheitserwägungen. Denn "wenn wir wieder zu fliegen beginnen", sagte er, "wollen wir die Gewähr, daß alles wirklich sicher ist". Sicherheit hat die höchste Priorität.

Das NASA-Papier gibt Aufschluß darüber, wie die Raumfahrtbehörde die Empfehlungen der Rogers-Kommission, die ihre Untersuchungen des Unglücksfalls mit dem am 9. Juni dem Präsidenten übergebenen Bericht abschloß, in die Praxis umzusetzen gedenkt. Eine Arbeitsgruppe von Ingenieuren sei gegenwärtig dabei, verschiedene Alternativlösungen für das Abdichten der Segmentverbindungen an den Feststoff-Zusatzraketen der Trägerkombination für den Raumtransporter zu untersuchen und zu erproben. Außerdem arbeite man an einer völlig neuen Konzeption für den Fall, daß die Tests mit den veränderten Konstruktionsteilen unbefriedigend verliefen. "Unser Bericht ist keineswegs nur eine Reaktion auf die Arbeit der Rogers-Kommission", erklärte Dr. Fletcher. "Er ist vielmehr ein Wegweiser zur Wiederaufnahme

zur Wiederaufnahme der Flüge. Wir wollen nicht einfach nur die Fehler ausmerzen, die die Rogers-Kommission beanstandete, sondern die Dinge von Grund auf in Ordnung bringen." Die Zusammenfassung des NASA-Berichts hat folgenden Wortlaut:

Am 13. Juni 1986 wies der Präsident die NASA an, die Empfehlungen der Präsidialkommission zur Untersuchung des Unglücks mit dem Raumtransporter CHALLENGER in die Praxis umzusetzen. Der Präsident forderte von der NASA innerhalb von 30 Tagen einen Bericht darüber, wie und wann die Empfehlungen zu realisieren seien und woran der Fortschritt auf dem Wege dahin gemessen werden könne.

In den Monaten seit dem CHALLENGER-Unglück widmete das NASA-Team viele Stunden der Unterstützung der Präsidial-Kommission zur Untersuchung des Raumtransporter-Unfalls mit der CHALLENGER und der Ausarbeitung von Plänen, die dem Raumtransporter wieder einen sicheren Flugstatus geben. Der Kommissionsvorsitzende William P. Rogers und die anderen Mitglieder des Ausschusses haben der Nation und der NASA einen außerordentlichen Dienst erwiesen. Die Arbeit der Kommission war ungemein gründlich und umfassend. Die NASA geht mit den Empfehlungen der Kommission einig und verfolgt energisch die geforderten Aktionen, um sie in die Praxis umzusetzen und ihnen nachzukommen.

Als Folge der Anstrengungen zur Unterstützung der Kommission sind viele Aktionen, die für eine sichere Rückführung des Raumtransporters in den Status der Flugfähigkeit notwendig sind, seit März in Gang gebracht worden. Am 24. März 1986 umriß der Direktor für Raumflug eine umfassende Strategie und definierte wichtige Maßnahmen für eine sichere Wiederherstellung der Flugfähigkeit. Das Memorandum vom 24. März gab Orientierungshilfen zu folgenden Punkten:

- erforderliche Maßnahmen vor dem nächsten Flug;
- erster Flug und Operationen im ersten Jahr;
- Ausarbeitung eines einhaltbaren Terminplanes für die sichere Flugfolge.

Der Kommissionsbericht wurde dem Präsidenten am 9. Juni 1986 unterbreitet. Seitdem ergriff die NASA zusätzliche Maßnahmen und gab entsprechende Weisungen, um den Empfehlungen der Kommission zu folgen.

Der Administrator der NASA und der NASA-Direktor für Raumflug werden an den Entscheidungen des Managements, die für die Realisierung der von der Kommission gegebenen Empfehlungen zur Rückführung des Raumtransporters zum Flugstatus erforderlich sind, beteiligt sein. Die NASA wird dem Präsidenten im Juni 1987 über den Stand des Ausführungsprogramms Bericht erstatten.

Der Kommissionsbericht enthielt neun Empfehlungen. Über den Stand der Durchführung in jedem Einzelpunkt wird eine Übersicht gegeben:

#### Empfehlung I

## Empfehlung I

**Feststoffraketenmotor:** Am 24. März 1986 wurde das Marshall-Raumflugzentrum (MSFC) angewiesen, ein Team zur Umkonstruktion der Verbindung für die Feststoffraketen-Motorsegmente zu bilden, dem Mitarbeiter des MSFC und anderer NASA-Zentren sowie außerhalb der NASA tätige Persönlichkeiten angehören sollen. Das Team umfaßt Angestellte des Johnson-Raumfahrtzentrums, des Kennedy-Raumfahrtzentrums, des Langley-Forschungszentrums, Personen aus der Industrie und vom Astronautenteam. Zur Unterstützung des mit der Umkonstruktion beauftragten Teams wurde ein 12köpfiges Expertengremium ernannt; sechs seiner Mitglieder gehören nicht der NASA an.

Das Team hat mehrere Konstruktionsalternativen geprüft. Detaillierte Analysen und Erprobungen sind im Gang, um die bevorzugten Wege zu ermitteln, auf denen das Ausmaß der Umkonstruktion möglichst klein gehalten werden könnte. Um dabei eine angemessene Programmparallelität zu gewährleisten, wird das für die Umkonstruktion verantwortliche Team auch - zumindest als Definition einer entsprechenden Idee - einen vollkommen neuen Konstruktionsentwurf entwickeln, bei dessen Ausführung keines der vorhandenen Bauteile verwendet würde. Auf die Nachprüfung und Prüfung der Einsatzfähigkeit der Konstruktion wird großer Wert gelegt. Zu dem Programm gehören Tests, die den tatsächlichen Startbelastungen möglichst nahe kommen. Außerdem sind Tests über die gesamte Breite der Betriebsbedingungen vorgesehen. Zur Nachprüfung zählt eine schon seit einigen Wochen in Gang befindliche Betriebsstudie, mit der die bei den Zündversuchen zu bevorzugende Testposition (vertikal oder horizontal) des in natürlicher Größe erprobten Motors ermittelt werden soll. Der Zeitplan für Umkonstruktion und Versuchsbetrieb des Feststoffraketenmotors (SRM) wird derzeit geprüft, um die Umsetzung der Konstruktionslösungen in ihrer endgültigen Form und Bewertung in die Praxis voll und ganz zu verstehen und zu planen. Nach der Überprüfung der vorläufigen SRM-Konstruktion im September 1986 wird der Terminplan noch einmal unter die Lupe genommen. Gegenwärtig sieht es so aus, daß der erste Start nicht vor dem ersten Quartal 1988 erfolgen kann.

**Kontrolle durch ein unabhängiges Gremium:** Gemäß der Empfehlung der Kommission hat der Nationale Forschungsrat (NRC) ein unabhängiges Kontrollgremium geschaffen, dem Dr. H. Guyford Stever vorsteht und das dem NASA-Administrator Bericht erstattet. Das NRC-Kontrollgremium wurde über die Erfordernisse, die technische Ausführung und Überwachung des Raumtransportersystems, den Hintergrund des Feststoffraketenmotors und zur Debatte stehende Änderungen informiert. In der Planung der Gruppe sind für die allernächste Zukunft Informationssitzungen und Besuche zur Überprüfung tatsächlicher Belastungen im Flug, der Montage, des Standes der Umkonstruktion sowie anderer Feststoffraketen-Motortypen einschließlich der Titanrakete vorgesehen. Längerfristige Pläne, zu denen auch die Teilnahme an der Überprüfung der vorläufigen SRM-Konstruktion im September 1986 gehört, werden gegenwärtig von der Gruppe ausgearbeitet.

## Empfehlung II

**Raumtransporter-Management:** Der NASA-Administrator berief General Sam Phillips, den ehemaligen Direktor des APOLLO-Programms, als Leiter für die Untersuchung aller nur erdenklichen Aspekte des Managements für die NASA-Programme. Darunter fallen auch die Beziehungen zwischen den verschiedenen NASA-Zentren im Land und der NASA-Zentrale. General Phillips ist vom Administrator mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, um jeden Aspekt des organisatorischen Aufbaues der NASA, ihres Managements und der Verfahrensweisen zu untersuchen. Zu seinen Aufgaben zählt auch eine Überprüfung der Managementstruktur für den Raumtransporter.

Am 25. Juni 1986 wurde Astronaut Robert Crippen beauftragt, eine Arbeitsgruppe zur Bewertung der Managementstruktur für den Raumtransporter zu bilden. Sie wird spätestens am 15. August 1986 dem Direktor für Raumflug ihre Empfehlungen vortragen. Im Besonderen wird sich diese Gruppe mit der Rolle und den Aufgaben des Managers für das Raumtransporterprogramm befassen, um die Gewähr zu schaffen, daß die Kompetenzen des Inhabers dieser Position auch seiner Verantwortung angemessen sind. Darüber hinaus werden die Funktionen und Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen des Programm-Managements überprüft, um die Beziehungen zwischen der Programmstruktur und der Organisation in den Außenzentren zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Studie werden gemeinsam mit General Phillips und dem Administrator erörtert, um bis zum 1. Oktober 1986 zu entscheiden, wie die Empfehlungen durchzuführen seien.

**Astronauten im Management:** Konteradmiral Richard Truly, ein ehemaliger Astronaut, wurde als Mitglied der NASA-Führung ("associate administrator") zum Direktor des Amtes für Raumflug ernannt. Mehrere aktive Astronauten sind gegenwärtig im Management der Behörde tätig. Die Gruppe Crippen wird sich damit befassen, wie die Besetzung anderer Management-Positionen mit Astronauten gefördert werden könnte. Sie wird außerdem über die angemessenen Funktionen der Leitung für den Astronauteneinsatz innerhalb der NASA-Struktur entscheiden.

**Sicherheitsgremium für den Raumtransporter:** Bis spätestens 1. September 1986 beruft der NASA-Direktor für Raumflug ein Shuttle-Sicherheitsgremium, das mit dem Manager für das Raumtransporterprogramm unmittelbar zusammenarbeitet. Dieser Termin läßt genügend Zeit, um Aufbau und Funktion dieses Gremiums zu bestimmen. Dazu gehört auch eine Bewertung seiner Beziehungen zum neugebildeten Amt für Sicherheit, Zuverlässigkeit und Qualitätsgarantie und zu dem Beratergremium für Luft- und Raumfahrtsicherheit, das bereits existiert.

## Empfehlung III

**Überprüfung kritischer Komponenten und Gefahrenanalyse:** Am 13. März 1986 begann die NASA mit einer kompletten Überprüfung aller im Raumtransporterprogramm vorgefallenen Pannen samt der Analyse ihrer Auswirkungen (FMEAs - "failure modes and effects analyses") sowie der dazu gehörenden Listen mit kritischen Komponenten (CILs - "critical item lists"). Alle am

Alle am Raumtransporterprojekt Beteiligten und die dazugehörigen Hauptlieferanten führen eigene umfassende Überprüfungen durch. Den Höhepunkt bildet eine später im Jahr vorgesehene Generalkonferenz mit dem Manager des Raumtransporterprogramms, auf der alle Aspekte behandelt werden. Jedem dieser Überprüfungssteams sind Spezialisten als offizielle Mitglieder, die nicht vom Raumtransporterprogramm kommen, beigeordnet. Alle bisherigen Erklärungen zum Verzicht auf kritische Elemente der Stufen 1 und 1R wurden annulliert. Die Teams sind verpflichtet, Verzichtmeldungen in Kategorien, wo eine Weiterbenutzung im Rahmen des Programms empfohlen wurde, erneut zu bewerten und noch einmal zu unterbreiten. Komponenten, deren Anwendung nicht mehr vertretbar ist, werden neu konstruiert, zugelassen und für den Flug erprobt. Alle kritischen Listenelemente der Stufen 2 und 3 werden überprüft, um neu akzeptiert und richtig klassifiziert zu werden. Alle diese Maßnahmen gipfeln in einer umfassenden endgültigen Überprüfung durch das zentrale Hauptamt der NASA, die im März 1987 beginnt.

Wie von der Kommission empfohlen, hat der Nationale Forschungsrat der Bildung eines unabhängigen Revisionsgremiums zugestimmt, das mit dem NASA-Administrator direkt zusammenarbeitet, um die Zweckdienlichkeit dieser Bemühungen nachzuprüfen.

CIL erfaßt und identifiziert die Abläufe kritischer Pannen bzw. von technischem Versagen und die Begründung für eine Beibehaltung des betreffenden Teils. Die in die Liste aufgenommenen Punkte sind entsprechend dem Risikograd in fünf Hauptkategorien gegliedert. Die fünf CIL-Gruppen sind:

- 1 - Verlust von Leben oder Raumfahrzeug
- 1R - Versagen beider Reserveausrüstungselemente könnte Verlust von Leben oder Fahrzeug zur Folge haben
- 2 - Scheitern der Mission
- 2R - Versagen beider Reserveausrüstungselemente könnte die Mission scheitern lassen
- 3 - alle restlichen Arten von Pannen.

#### Empfehlung IV

**Sicherheit:** Der NASA-Administrator gab am 8. Juli 1986 die Ernennung von George A. Rodney zum Beigeordneten Administrator ("associate administrator") als Direktor für Sicherheit, Zuverlässigkeit und Qualitätssicherung bekannt. Die Aufgaben dieses Amtes umfassen u.a. die Überwachung aller mit NASA-Aktivitäten und Programmen zusammenhängenden Funktionen in bezug auf Sicherheit, Zuverlässigkeit und Qualitätssicherung, dazu die Realisierung eines Systems zur Dokumentation anomaler Vorkommnisse und der Absicht zum Aufbau eines Programms für Trendanalyse. Eine der ersten vom neuen Direktor zu ergreifenden Maßnahmen wird die Bestandsaufnahme und Bewertung der Ressourcen einschließlich des erforderlichen Personals sein, um die den Aufgaben gemäße Ausübung der Funktionen der Sicherheitsorgani-



der Sicherheitsorganisation zu gewährleisten. Darüber hinaus wird der neue Beigeordnete Administrator für eine funktionsfähige Zusammenarbeit in den Grenzbereichfunktionen der neuen Sicherheitsorganisation und des Raumtransporter-Sicherheitsgremiums Sorge tragen, das gemäß der Empfehlung Nr. II der Rogers-Kommission geschaffen wird.

#### Empfehlung V

**Bessere Kommunikation:** Am 25. Juni 1986 wurde Astronaut Robert Crippen beauftragt, ein Team zur Entwicklung von Plänen und zu empfehlenden Maßnahmen für folgende Punkte zusammenzustellen:

- Durchführung effektiver Kommunikation im Management auf allen Ebenen;
- Standardisierung für Anordnung und Aufhebung von Startsperrern für das Raumtransportersystem (STS) und für andere Betriebseinschränkungen;
- Durchführung von Besprechungen zur Überprüfung der Flugbereitschaft sowie von Konferenzen mit dem Team der Missionsleitung, dazu Angabe der Erfordernisse für Dokumentation und für die Teilnahme der Besatzungsmitglieder.

Da diese Empfehlung in enger Verbindung zur Empfehlung über den Aufbau des Shuttle-Managements steht, wird das für die Untersuchung verantwortliche Team den Plan für verbesserte Kommunikation mit dem Plan für die Umstrukturierung des Managements verbinden.

Diese Überprüfung wirksamer Kommunikation wird die Aktivitäten und den Informationsfluß in der NASA-Zentrale und den NASA-Zentren außerhalb Washingtons, die am Shuttle-Programm mitarbeiten, mit in Betracht ziehen. Das zuständige Team legt dem Direktor für Raumflug seine Untersuchungsergebnisse und Empfehlungen bis zum 15. August 1986 vor.

#### Empfehlung VI

**Sicherheit für die Landung:** Es wurde ein Team für die Sicherheit der Landung geschaffen, das die Resultate und Empfehlungen der Rogers-Kommission zur Landesicherheit durchzugehen und in die Praxis umzusetzen hat. Sämtliche Bauteile und Systeme des Raumtransporters werden derzeit konstruktionsmäßig überprüft, damit Übereinstimmung mit den detaillierten Angaben und Sicherheitserwägungen gewährleistet wird. Darunter fallen auch Reifen, Bremsen und das System für die Bugradsteuerung; die Mittel für ein neues System mit Carbonmaterial-Bremsen wurden bewilligt. Schon seit geraumer Zeit vor dem Unglück waren Oberflächentests an der Landebahn sowie Prüfungen der Erfordernisse für Landehilfen im Gang; dies wird fortgesetzt. Die verbesserten Landehilfen werden ab Juli 1987 einsatzbereit sein. Das zwischenzeitliche Bremssystem ist ab August 1987 verfügbar. Für die lokale Wettervorhersage werden verbesserte Methoden entwickelt, das gleiche gilt für Unterstützungsmaßnahmen, die mit dem Wettergeschehen zusammenhängen. Erst wenn durch Tests, die den realen Beanspruchungen

realen Beanspruchungen sehr nahe kommen, und während tatsächlicher Landungen auf Edwards Air Force Base das Shuttle-Programm befriedigenden Sicherheitsspielraum demonstriert hat, wird die Landebahn des Kennedy Space Center bei der regulären Beendigung einer Mission wieder benutzt. Der Doppeleinsatz der Orbiter für Fähraufgaben steht seit einiger Zeit zur Diskussion und wird in den nächsten Monaten eingehend erörtert.

### Empfehlung VII

**Startabbruch und Rettung der Besatzung:** Am 7. April 1986 begann die NASA mit der erneuten Prüfung von Möglichkeiten eines Ausstiegs und der Rettung von Shuttle-Besatzungen. Diese Analyse umfaßt Ausstiegs- und Rettungsmöglichkeiten vom Start bis zur Landung und wird Analysen, Konzeptionen, Bewertung der praktischen Durchführung, Kosten und Zeitpläne für Abbruch auf der Rampe, Abspringen, Schleudersysteme, Wasserlandungen und Ablösung während des Fluges mit Motorkraft umfassen. Bei dieser Untersuchung werden im besonderen Optionen für eine Rettung der Besatzung während des gesteuerten Gleitfluges sowie Optionen für eine Ausweitung des intakten Rettungsflugsystems auf den Fall des Versagens von zwei oder drei Haupttriebwerken während der frühen Steigphase untersucht. Im Zusammenhang damit wurde ein Team für die Neubewertung der Frage eines Startabbruchs gebildet, das alle Vorschriften in bezug auf Start und Startabbruch zu prüfen hat. Dadurch soll gewährleistet werden, daß Kriterien für die Startfreigabe, Richtlinien für den Flug, für Sicherheitssysteme und Verfahren innerhalb des Flugbereichs, für Landehilfen, Gestaltung und Länge der Pisten, für die Beurteilung des Schwellenwertes in bezug auf Systemleistung bzw. Notwendigkeit des Abbruchs, für Landegewichte bei Abbruch und bei regulärer Beendigung der Mission, für Pistenoberflächen und andere für die Landung zu berücksichtigende Meßgrößen dem Raumfahrzeug und seiner Besatzung den angemessenen Sicherheitsspielraum geben. Die Studien für Rettungssystem und Startabbruch werden am 1. Oktober 1986 abgeschlossen sein; im Dezember 1986 wird über die Durchführungsverfahren entschieden.

### Empfehlung VIII

**Flugfolge:** Im März 1986 richtete die NASA eine Arbeitsgruppe für Flugfolge ein. Gegenwärtig sind zwei Studien im Gang: (1) über Möglichkeiten und Einschränkungen für Überholung und Startvorbereitung des Raumtransporters im Kennedy-Raumflugzentrum, und (2) über Auswirkungen des missionsspezifischen Mannschaftstrainings und der Datenübermittlung bzw. Datenerfassung auf die Flugfolge, was vom Johnson-Raumflugzentrum untersucht wird. Bis zum 15. August 1986 wird die Arbeitsgruppe der Abteilung für Raumflug ihre Empfehlungen zur Frage der Flugfolge vorlegen. Parallel dazu laufen Studien zu Empfehlungen der Rogers-Kommission, die der Ersatzteilversorgung, Wartung und technischen Inspektion gelten. In diese Studien werden auch die Stellungnahmen des Nationalen Forschungsrates zur Flugfolge einbezogen, die, unabhängig von anderen Untersuchungen, auf Anforderung eines Kongreßunterausschusses durchgeführt werden.

Die NASA befürwortet

Die NASA befürwortet entschieden eine gemischte Raumfahrzeugflotte für die Erfüllung der speziellen Start- und Projektaufgaben, wobei auch der Einsatz sog. Verlustgeräte als Nutzlastträger wieder vorgesehen ist.

Außerdem werden in der NASA-Zentrale z. Zt. Richtlinien zur Nutzlastpolitik erarbeitet, die feste Regeln für die Listenzusammenstellung geben und Änderungen im späten Vorbereitungsstadium einschränken sollen. Empfehlungen zur Listenkontrolle sollen im November 1986 unterbreitet werden.

### Empfehlung IX

**Instandsetzung und Sicherheit:** Ein neugebildetes Team für Sicherheitsfragen bei Instandsetzung und Wartung der Raumfähre soll einen umfassenden Plan für die Definierung und Durchführung geeigneter Maßnahmen gemäß den Empfehlungen der Kommission für die Instandsetzung und Wartung aufstellen. Nach dem gegenwärtig in Ausarbeitung befindlichen Plan soll gewährleistet werden, daß für sämtliche Elemente des Raumtransporterprogramms einheitliche Erfordernisse hinsichtlich Instandsetzung und Wartung gelten. Dieser Plan wird die organisatorische Struktur zur Dokumentierung folgender Punkte definieren:

- (1) Inspektion der Bauteile samt Zeitplänen,
- (2) vorgesehene Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten,
- (3) Überprüfung der jeweiligen Zuordnung von Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten, und
- (4) Logistik auf den Gebieten Wartung und Instandsetzung.

Der Plan wird außerdem Zuständigkeiten und Verantwortungen, Berichterstattung und Überwachungserfordernisse für Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten am Raumtransporter definieren. Er soll bis zum 30. September 1986 fertiggestellt sein.

Eine Reihe weiterer Maßnahmen, an denen zur Zeit gearbeitet wird, werden dazu beitragen, die Flugsicherheit zurückzugewinnen und die Struktur der NASA zu stärken. Eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Konstruktionserfordernisse für den Raumtransporter, die der Abteilung für System-Integration am Johnson-Raumfahrtzentrum unterstellt ist, wurde beauftragt, alle aus der Shuttle-Konstruktion resultierenden Erfordernisse und die damit zusammenhängenden technischen Verifizierungsprozeduren zu überprüfen. Das Team wird jedes Element des Shuttle-Projekts und die Konstruktionserfordernisse für das gesamte Raumtransportersystem unter die Lupe nehmen. Höhepunkt dieser Arbeit wird die Zusammenfassung der Prüfergebnisse für Shuttle-Zusatzkonstruktionen sein, die etwa drei Monate vor dem nächsten Raumtransporterstart vorliegt.

Angesichts der Zahl, Komplexität und der Wechselbeziehungen zwischen den vielen Aktivitäten für den nächsten Flug hat der Raumtransporter-Programmdirektor am Johnson-Raumflugzentrum eine Reihe bindender Überprüfungen des Managementprogramms für den Raumtransporter eingeleitet. Diese Überprüfungen werden als regelmäßige Besprechungen ausgeführt, an denen die Manager für sämtliche wichtigen Aktivitäten des Raumfährenprogramms teilnehmen. Bei diesen Konferenzen besonders zu erörternde Themen konzen-

Themen konzentrieren sich auf Fortschritt, Zeitpläne und Maßnahmen im Zusammenhang mit Hauptbereichen der Programmüberprüfung und werden auf die jeweiligen Aktivitäten innerhalb des betreffenden Zeitabschnitts direkt abgestimmt. Nach den ersten Konferenzen dieser Art (5. - 6. Mai 1986 im Marshall-Raumflugzentrum, 25. Juni 1986 im Kennedy-Raumflugzentrum) folgen die nächsten im Sechs-Wochen-Turnus. Die Ergebnisse werden dem Direktor für Raumflug und dem NASA-Administrator vorgelegt.

Am 19. Juni 1986 gab der NASA-Administrator bekannt, daß die Entwicklung der CENTAUR-Oberstufe zur Verwendung von Bord des Raumtransporters eingestellt worden sei. Die CENTAUR-Oberstufe war für den Start von NASA-Planetensonden sowie von bestimmten Satelliten für Aufgaben der nationalen Sicherheit vorgesehen. Zum Zeitpunkt des CHALLENGER-Unglücks waren bereits wesentliche Programme zur Sicherheitsüberprüfung des CENTAUR-Systems im Gang, die in den letzten Monaten noch intensiviert wurden, um zu entscheiden, ob das Programm fortgesetzt werden soll. Der endgültige Beschluß, die CENTAUR-Stufe nicht von Bord des Space Shuttle zu verwenden, wurde aufgrund der Überlegung getroffen, daß selbst nach gewissen, als Folge der Überprüfungen vorgenommenen Modifikationen die Oberstufe nicht den Sicherheitskriterien entsprechen würde, die für andere Nutzlasten oder Elemente des Raumtransportersystems gelten. Die NASA hat jetzt die Prüfung anderer Alternativen zur Verwendung von Trägerraketen für den Start wichtiger Nutzlasten zur Erforschung von Planeten und für wissenschaftliche Satelliten, die mit der CENTAUR-Oberstufe gestartet werden sollten, in die Wege geleitet. Sie unterstützt das Verteidigungsministerium, das seinerseits Startalternativen für militärische Nutzlasten prüft, die mit der Shuttle-CENTAUR-Kombination auf den Weg gebracht werden sollten.

Der NASA-Administrator gab mittlerweile eine Anzahl von organisatorischen Maßnahmen und solche hinsichtlich der Managerstruktur für das Projekt Raumstation bekannt, die die Verbesserung der technischen Voraussetzungen wie auch des Managements zur Vorbereitung der Entwicklungsphase für das Programm "Raumstation" zum Ziel haben. Die Entscheidung für eine neue Struktur war das Ergebnis von Empfehlungen an den NASA-Administrator durch ein von General Phillips geleitetes Komitee, das eine Langzeit-Bewertung der gesamten Aktionsmöglichkeiten und Aufgaben der NASA vornimmt. Pläne zur Aufstockung des in kritischen Bereichen tätigen Personals und zu eventuell erforderlichen Änderungen des Personalmanagements sind in Arbeit.

\* \* \* \* \*

## THEMENINDEX AMERIKA DIENST (1. Halbjahr 1986)

Nachstehend eine Liste der Themen, die im Amerika Dienst (1. Halbjahr 1986) erschienen sind. Sie gibt einen Überblick über die wichtigsten Themenkreise. Angegeben ist jeweils die Nummer der Ausgabe, in der das betreffende Thema behandelt wird.

<u>THEMENKREIS</u>	<u>NUMMERN DER AUSGABEN</u>
1. Afghanistan	1, 4, 15, 22
2. Central Amerika und Nicaragua	11
3. Libyen	1, 2, 14, 14, 15, 16
4. Sowjetunion	
SS-25	2,
Menschenrechte	4, 7
Schtscharanskij	6,
5. Südafrika	
Nelson Mandela	4,
6. Vereinigte Staaten	
Botschaft zur Lage der Nation	5
Energiepolitik	13,
Frieden und Nationale Sicherheit	9,
Haushaltspolitik	6
Nominierungen	11
Verteidigungshaushalt	9, 22

<u>THEMENKREIS</u>	<u>NUMMERN DER AUSGABEN</u>
7. Beziehungen der USA zu Europa	14
8. Ost-West-Beziehungen und Rüstungspolitische Themen	
Abrüstung / Rüstungskontrolle	8, 15, 17, 20, 21
Chemische Waffen	13,
Genfer Abrüstungsverhandlungen	16, 18
Gipfeltreffen Reagan-Gorbatschow	14,
KVAE	4, 9, 19
KSZE	9,
SDI	9, 12, 17
SALT-Abkommen	12, 20,
9. Internationale Probleme	
Drogenprobleme	7, 5, 12, 20
Menschenrechte	7, 13
Terrorismus	7, 10, 17, 18, 19
Tschernobyl und seine Folgen	17, 19, 21
Weltwirtschaft	5
Wirtschaftsgipfel in Tokio	13, 16, 17, 18
10. Weltraum	
CHALLENGER-Unfall und Folgen	4, 5, 7, 8, 16, 18, 19, 22
Martin Luther King	1, 3
Wissenschaft und Technik	
AIDS	14,
Gentechnologie	2, 13,
Komet Halley	11,
Medizin, allgemein	15, 18
Rauchen	1,
Umweltschutz	10,
Wetter	2,
Weltraumforschung	4, 19, 22

**REDEN UND ERKLÄRUNGEN DES AMERIKANISCHEN BOTSCHAFTERS  
RICHARD R. BURT**

15. Januar 1986  
Erklärung des amerikanischen Botschafters in Bonn zu den Maßnahmen der Vereinigten Staaten gegen Libyen
12. Februar 1986  
Demokratie und Kultur  
(Universität Heidelberg)
21. Februar 1986  
Ein offenes Handelssystem - unser aller Verantwortung  
(Adolf-Weber-Stiftung)
26. Februar 1986  
Europa und das Bündnis - Rückkehr zum Zwei-Säulen-Konzept  
(Überseeclub in Hamburg)
17. März 1986  
Das Fulbright-Programm - Aufbruch in eine offene Welt  
Rede von Botschafter Burt, (Berlin-Woche der Fulbright-Kommission)
25. April 1986  
Der Handel als Instrument der Außenpolitik  
(Amerikanische Handelskammer München)
4. Juni 1986  
Freiheit, Sicherheit und Frieden in einer offenen Welt  
(Konrad-Adenauer-Stiftung, Berliner Reichstagsgebäude)

**SONDERDIENSTE**

22. Januar 1986  
Besuch des Stellvertretenden US-Außenminister John C. Whitehead in Bonn
2. April 1986  
Die sowjetische Militärmacht 1986  
- Fünfte Dokumentation des US-Verteidigungsministeriums -